

Bürgerliche wehren sich gegen Fonds für günstiges Wohnen

Im Zürcher Kantonsrat hat sich heute gezeigt, dass eine Initiative der Wohnbaugenossenschaften nicht mehrheitsfähig ist: Wenn man diese finanziell unterstütze, dann auf Ebene der Gemeinden.



Die Initiative will solche Projekte mit Geld vom Kanton fördern: Siedlung der Baugenossenschaft Sonnengarten in Zürich. Bild: Reto Oeschger

Die Schlussabstimmung findet zwar erst in vier Wochen statt, aber schon jetzt ist klar, dass die Volksinitiative «Bezahlbar wohnen im Kanton Zürich» im Kantonsrat keine Chance hat. Hinter die Initiative des Verbandes Wohnbaugenossenschaften Zürich stellten sich heute Montag nur SP und Grüne.

Den bürgerlichen Fraktionen geht das Begehren zu weit. Sie wollen jedoch Hand bieten zum Gegenvorschlag der Regierung, der von der Kommission für Planung und Bau (KPB) leicht modifiziert wurde. Dieser will die Förderung von preisgünstigen Wohnungen den Gemeinden überlassen.

Jährlich 45 Millionen Franken

Die Initiative verlangt die Verankerung eines Wohnbaufonds in der Kantonsverfassung. Daraus soll der Kanton zinsgünstige Darlehen sowie Abschreibungsbeiträge gewähren. Alimentiert werden soll der Fonds während mindestens zehn Jahren mit jährlich 45 Millionen Franken. Auch Gemeinden sollen eigene Fonds einführen können.

Zudem soll eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, damit der Kanton geeignete Liegenschaften nicht mehr an den Meistbietenden verkauft, sondern an gemeinnützige Bauträger vergibt. Den Gemeinden soll ein Vorkaufsrecht gewährt werden.

Nur gegen Abstriche in anderen Bereichen?

Stichworte

[Wohnen](#)

Artikel zum Thema

Bundesrat reduziert Hilfe für Genossenschaften

Gemeinnützigen Investoren gewährt der Bund Darlehen – neu auch für den Landkauf. [Mehr...](#)

26.10.2014

Strengere Vorschriften für Genossenschaften

Bei Neuvermietungen müssen Genossenschaften künftig Regeln anwenden, wie sie bei der Vergabe städtischer Wohnungen gelten. [Mehr...](#)

Von Anita Merkt 01.10.2014

Nach dem Erfolg wollen die Genossenschaften mehr

58 Prozent stimmen Zonen für günstige Wohnungen zu. Die nächste Initiative ist bereits aufgelegt. [Mehr...](#)

Von Pascal Unternährer und Benno Gasser. 29.09.2014

Die Redaktion auf Twitter

Stets informiert und aktuell. Folgen Sie uns auf dem Kurznachrichtendienst.

[@tagesanzeiger folgen](#)

Die vorgeschlagenen Massnahmen seien ein geeignetes Mittel, um Familien und Haushalten mit bescheidenen und mittleren Einkommen zu einer bezahlbaren Wohnung zu verhelfen, sagte Peter Schmid, Präsident des Initiativkomitees. Das Volksbegehren bewirke eine verstärkte Wohnbautätigkeit der Genossenschaften, eine bessere Auslastung der Wohnungen und eine Entlastung der öffentlichen Hand.

FDP und SVP vertraten dagegen die Ansicht, das Wohnbauförderungsgesetz enthalte bereits bewährte Massnahmen, um den preisgünstigen Wohnungsbau zu fördern. Es brauche kein zusätzliches Fördergefäss. Zudem sei ein kantonaler Fonds ohne Abstriche in andern Bereichen nicht tragbar – auch wenn es sich um rückzahlbare Darlehen handle.

Zu starker Eingriff ins Grundeigentum

Carmen Walker Späh (FDP, Zürich) anerkannte zwar, dass ein starkes Bedürfnis nach preisgünstigen Wohnen besteht. Die Initiative sei aber ein zu starker Eingriff ins Grundeigentum und der Erfolg sei nicht ausgewiesen. Letztlich müsse der Mittelstand die Zeche zahlen. Jakob Schneeblei (SVP, Affoltern a.A.) sprach von einer unbegründeten Ausdehnung der bestehenden Fördermittel und einer «unerwünschten Wettbewerbsverzerrung auf dem Immobilienmarkt». Noch knapp zustimmen könne die SVP dem Gegenvorschlag.

Dieser sieht lediglich die Schaffung von kommunalen Fonds zur Bereitstellung von preisgünstigen Wohnungen vor. Die Gewährung von Beiträgen und Darlehen sollen die Gemeinden selber regeln.

Für Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon) sind kommunale Fonds «sinnvoll und richtig». Die Gemeinden wüssten am besten, «wo der Schuh drückt». Ein kantonaler Fonds sei nicht zielführend. Die Gemeinden im Kanton Zürich seien zu unterschiedlich und könnten nicht über einen Leisten geschlagen werden, sagte Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon). Es brauche massgeschneiderte Lösungen.

Kantonsverfassung wird nicht umgesetzt

Es sei völlig unverständlich, dass die Kommission die Initiative in ihre Einzelteile zerlegt habe, sagte Andrew Katumba (SP, Zürich). Die Mieten seien in den letzten Jahren horrend gestiegen. Mit über einem Viertel seien die Wohnkosten heute die grösste Ausgabenkomponente.

Für Markus Neukom (Grüne, Winterthur) ist der Gegenvorschlag ein «schwacher Vorschlag». Die Kantonsverfassung werde bezüglich gemeinnützigem Wohnungsbau nicht umgesetzt. Die Grünen wollen jedoch in vier Wochen wie die SP sowohl für die Initiative als auch für den Gegenvorschlag stimmen.

Volkswirtschaftsdirektor Ernst Stocker (SVP) wies darauf hin, dass der Kanton bereits heute den sozialen Wohnungsbau fördere. Von dieser Förderung profitierten nicht nur die untersten Einkommen. Dem gesamten Mittelstand das Wohnen zu verbilligen sei unmöglich. (hub/sda)

(Erstellt: 09.02.2015, 15:53 Uhr)